



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

starkes Gewitter und Platzregen gehabt. Es marschirte auch unterwegs eine Compagnie schwedischer Reiter vorbei, worunter zwei zu Fuß waren und zurückblieben und, halb voll seiend, uns eine kleine Angst einjagten, indessen sie hinterher kamen und brav schalten, auch die Flinten schon anlegten, um loszudrücken. Indem wir aber die Pferde ein bißchen anlaufen ließen, mußten sie zurückbleiben.

Der Wirth in Landsberg war ein sehr possirlicher Mann und hatte viele lustige Einfälle. Um 8 Uhr Morgens ritten wir wieder von dannen und kamen gegen 7 Uhr in Börbig, einer fürstl. sächs. merseburgischen Residenz an, darinnen auch schwedische Soldaten lagen; von da auf Radegast, ein fürstl. anhalt-dessauisches Leibgeding der verwittweten Fürstin. Zwischen Börbig und letzterem Orte steht eine Inscription:

Du wirst, mein Reitender, es noch am besten wissen,
Wie dir bisher so sehr vor diesem Damm gegraut,
In dem sich manches Pferd zu todt arbeiten müssen,
Als dieser Ort noch war grundlos und ungebaut.
Jetzt wird er dir nicht mehr der Reise Last vergrößern,
Weil in zweijährger Zeit mit Steinen diese Bahn
Durch unermüd'ten Fleiß und Kosten lassen bessern
Der Mehrer seines Lands, der theure Christian."

— Mit so nachahmungswürdiger Hingebung an das monarchische Prinzip beobachtete vor anderthalbhundert Jahren ein braver deutscher Republikaner die außerordentlichen Erscheinungen, welche ihm auf seiner Reise begegneten.

Politische Rundschau.

× Leipzig, Mitte Februar.

Die große Politik ist heuer gegen ihre Gewohnheit mit dem Beginne des Februar in die Ferien gegangen. Die Völker und Regierungen haben ihre Aufmerksamkeit von den auswärtigen auf die inneren Fragen gerichtet und ruhen für einen Augenblick von der fieberischen Aufregung, mit welcher sie einander wechselseitig beobachtend herausgefordert hatten. Im Westen sind es politische, im Osten wirthschaftliche und sociale Sorgen, welche die Gemüther beschäftigen. Ueber den gesammten Nordosten Europas hat sich ein Nothstand verbreitet, wie er seit zwanzig Jahren nicht schlimmer dagewesen ist; während im Nordd. Bunde tausende und abertausende von Thalern für Ostpreußen gesammelt werden und doch noch nichts von der Linderung des bittersten Glends verlautet, nimmt die Hungersnoth in den verschiedensten Theilen Rußlands immer größere Proportionen an und die Spalten derselben Journale, welche noch vor wenigen Wochen von nichts als kriegerischen

Herausforderungen gegen den Westen erfüllt waren, beginnen der schwierigen wirtschaftlichen Lage der großen östlichen Monarchie aufmerksamere Theilnahme zu widmen. Indes die offizielle und offiziöse Presse Petersburgs bemüht ist, die aus der feindlichen Haltung Rußlands in der orientalischen Frage gezogenen Schlüsse auf eine Erkaltung der russisch-preußischen Beziehungen Lügen zu strafen und die Leichtfertigkeit zu beklagen, mit welcher die Moskauer Nationalpartei dem Gerede von einer Isolirung Rußlands Vorschub geleistet hatte, häufen sich die Nachrichten über die furchtbaren Folgen des Mißwachses im Herbst 1867. Nicht nur in Finnland und in den Preußen benachbarten Theilen Litthauens, auch in den centralen Provinzen Twer, Tambow, Njasan, Tula und Orel und an den eisigen Ufern der Dwina-mündung sind die vorhandenen Getreidevorräthe beinahe vollständig aufgezehrt und fragen Hunderttausende von Menschen, womit sie sich selbst, ihre Kinder und ihr Vieh satt machen, wo die Mittel zur Bestreitung der Aussaat des kommenden Frühjahrs herkommen sollen. Zum erstenmal seit Aufhebung der Leibeigenschaft tauchen Stimmen auf, welche offen eingestehen, daß die wirtschaftlichen Folgen des berühmten Gesetzes vom 19. Febr. 1861 keineswegs verwunden sind und daß die Abnahme der Production mit der der ländlichen Bevölkerung ertheilten Freiheit in verhängnißvollem Zusammenhange steht. Der des herrschaftlichen Drucks ledig gewordene Bauer begnügt sich mit einem Minimum von Arbeit, macht von seiner Freiheit den vornehmlichsten Gebrauch in den Schenken und läßt in vielen Fällen einen beträchtlichen Bruchtheil seiner Aecker unbestellt. Der Gutbesitzer ist überall, wo seine ehemaligen Leibeigenen ihre Frohncontracte in Geldpachtverträge verwandelten, auf die Anmuthung von Tagelöhnern angewiesen, die, wenn überhaupt, nur zu unerschwinglichen hohen Preisen zu haben sind und bei dem Mangel wirksamer Zucht und Controlle den Haupttheil der übernommenen Verpflichtungen unerfüllt lassen. Die Selbstverwaltung der von allen gutsherrlichen Einflüssen emancipirten Gemeinden führt vielfach Anarchie und Gesetzlosigkeit im Gefolge, zumal der Eifer des jungen liberalen Adels für Uebernahme der Friedensrichterposten abgekühlt, und ein Theil derselben bereits in die Hände gewissenloser Bureaukraten der alten Schule gefallen ist. Von mehr wie einer Seite her war seit Jahr und Tag über Zerrüttung der ländlichen Polizei, Verfall der Wege und Communicationsmittel, Zuchtlosigkeit, Niederlichkeit und Trägheit des Landvolks geklagt worden; selbst die Moskauer Zeitung hatte diesen Beschwerden ihr Ohr nicht ganz verschließen können. Aber erst seit die Ungunst der Natur das durch den Unverstand der Menschen verschuldete Uebel über sein gewöhnliches Maß hinaus vergrößert hat, zeigt die russische Nationalpartei Neigung und Fähigkeit, auf die Wurzel des Unheils zurückzugehen und die Unsehlbarkeit jenes

Systems, nach welchem die Verlegung des politischen Gerichts in die unteren Classen eine Panacee gegen alle überkommenen Uebel sein sollte, ernsthafterer Prüfung zu unterziehen. Sehr bedeutsam ist in dieser Beziehung ein neuerdings von dem landständischen Ausschuss des Gouvernement Lwer veröffentlichter Bericht über die Ursachen der Abnahme der Production, die Verminderung der bebauten Territorien und des Viehstandes in der gedachten Provinz und deren Umgebung, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß (wie ein uns aus Petersburg zugegangener Bericht wissen will) in den petersburger Regierungskreisen von dem Erlaß einer Vorschrift die Rede sei, welche die Bauern zur Bestellung eines Theils ihrer Grundstücke förmlich verpflichten soll. Ob das neuerdings in St. Petersburg niedergesetzte Comité zur Abhilfe des furchtbaren Glends in Litthauen, den Nord- und Centralprovinzen im Stande sein wird, der diesjährigen Hungersnoth wirksam zu begegnen, kann bei den ungeheuern Entfernungen und dem immer noch primären Zustande der Communicationsmittel Rußlands zweifelhaft erscheinen; tritt aber wirklich eine dauernde Reaction gegen den leichtfertigen Optimismus ein, mit welchem die moskauer Demokratie die wirthschaftliche Lage beurtheilt und einer Schlokratie in die Hände gearbeitet hatte, welcher die Aufgabe zugedacht worden war, den Einfluß der aufgeklärten Classen und der europäischen Bildung mit Hilfe des Gemeindefitzes zu brechen, — so ist der Vortheil, den der Nothstand des laufenden Winters gebracht, ohne Zweifel größer als der Schaden, welchen derselbe angerichtet hat. Wie tiefgewurzelt der Glaube an die Unfehlbarkeit der demokratischen Modephrasen noch gegenwärtig in gewissen Kreisen der russischen Gesellschaft ist und wie dringend es einer Reaction gegen denselben bedarf, hat sich noch in den letzten Tagen in eclatantester Weise gezeigt. — Bekanntlich ist die Justiz in dem größten Theile Rußlands bereits reorganisirt worden und trägt die Regierung sich mit der Absicht, auch die Rechtspflege im Königreich Polen umzugestalten. Das Comité, welches mit der Ausarbeitung der bezüglichen Vorlagen betraut ist, wird von der demokratischen Presse mit Warnungen bestürmt, jede Theilnahme der höhern Classen an der Ausübung der Justiz nach Kräften auszuschließen und die ländliche Rechtspflege nicht Friedensrichtern, sondern von den Bauerngemeinden gewählten Gemeindegewichten zu übertragen und dadurch das demokratische Prinzip zu stärken. Und dieselbe Presse, welche mit Irrlehren so ausschweifender Art der Lösung aller staatlichen und sittlichen Bande entgegengesteuerte, systematisch eine politische und wirthschaftliche Begriffsverwirrung über die Aufgabe der ländlichen Bevölkerung herbeigeführt hat, die ohne Beispiel in der neuesten Geschichte ist, diese selbe Presse nimmt keinen Anstand, die Verantwortlichkeit für die Ungunst der Natur und den Unverstand der ländlichen Arbeiter auf die Regierung zu wälzen!

Freilich haben wir ein nur sehr beschränktes Recht, über diese Thorheiten des russischen Parteisanatismus vornehm abzuurtheilen: gibt es doch auch in Deutschland eine zahlreiche, in der Presse mehrfach vertretene Partei, welche den Lenkern des preussischen Staats ohne weiteres alle Schuld an dem Nothstand in Ostpreußen zumißt und die eigentliche Ursache desselben in dem Kriege von 1866 und der Erhöhung der preussischen Wehrkraft sucht. Die Neigung, in jeder Calamität, mag sie politischer, socialer oder wirthschaftlicher Natur sein, alles Heil von der Regierung zu erwarten und diese für alles, was geschieht und nicht geschieht, verantwortlich zu machen, ist eines der charakteristischsten Symptome dafür, daß man auch bei uns die Periode des staatlichen Bevormundungsbedürfnisses noch lange nicht überwunden hat und daß der Besitz constitutioneller Institutionen schlechterdings keinen Ersatz bietet für den Mangel kommunaler und provinzialer Selbstverwaltung. Im vorliegenden Fall hat sich übrigens gezeigt, daß der Glaube an die Allgewalt und Allverantwortlichkeit des Staats ebenso bei gewissen Regierungsorganen, wie bei den radicalen Politikern der „Zukunft“ zu Hause ist; die officiöse berliner Presse hat geflissentlich die Thatsache des Nothstands zu leugnen oder doch zu verkleinern versucht und sich gerade so geberdet, als ob das Vorhandensein eines solchen in der That zu Vorwürfen gegen die Regierung berechtigen würde. Und um die Begriffsverwirrung vollends zu steigern, ist von derselben Seite her behauptet worden, der vielfach und mit Recht erhobene Anspruch auf staatliche Beihilfe zur Linderung des ostpreussischen Glends sei, insoweit er von den Liberalen erhoben worden, eine Inconsequenz, da der Liberalismus jede Betheiligung des Staats an socialen und wirthschaftlichen Fragen prinzipiell verwerfe und nur das Prinzip der Selbsthilfe und der natürlichen Ausgleichung zulasse. Glücklicherweise haben diese Ausgeburten doctrinärer Rechthaberei den gesunden Sinn des Volks nicht zu trüben vermocht; die verschiedenen Staaten und Bevölkerungsgruppen des gesammten Deutschland wetteifern in opferfreudigem Sinn für die Unterstützung der schwerkgeprüften Provinz an der preussischen Ostgrenze. Niemand kommt es in den Sinn, die Hungernoth an der Ostsee zur Basis wirthschaftlicher oder politischer Experimente zu machen und an den Grundpfeilern staatlichen Lebens rütteln zu wollen. Allen, die den Verhältnissen näher stehen, ist freilich bekannt, daß der Regierung mangelhafte Aufmerksamkeit für die Ernteverhältnisse in Ostpreußen um so weniger zum Vorwurf gemacht werden kann, als selbst die Mehrzahl der mit Land und Leuten genau bekannten Grundbesitzer noch im vorigen October des Glaubens war, der magere Ausfall der Ernte werde zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse ausreichen; und konnte doch auch erst nach Beendigung der Drescharbeiten eine Uebersicht über den ganzen Umfang der Differenz zwischen den vorhandenen Vorräthen und dem obwal-

tenden Bedürfniß gewonnen werden. Es hat des ganzen Ungeschicks der officiösen Journalisten und gewisser reactionärer Beamtenkreise bedurft, um eine Verkennung der gegebenen Verhältnisse, wie sie wenigstens vorübergehend in Cours gesetzt worden war, herbeizuführen und den Feinden Preußens zu den unsinnigen Parallelen Veranlassung zu geben, welche den Mangel im deutschen Norden und den Ueberfluß in Oestreich auf die Verschiedenheit der Regierungssysteme hüben und drüben zurückführten!

Die Sorge um die Nothleidenden in Ostpreußen und die Verhandlungen über die Abfindung der Depossedirten und den hannoverschen Provinzialfonds haben so sehr im Vordergrunde des preussischen öffentlichen Lebens gestanden, daß sich Presse und Publikum nur vorübergehend mit den Beziehungen zum deutschen Süden und zu Frankreich beschäftigt und den officiellen Versicherungen, daß die letzteren nichts zu wünschen übrig ließen, bereitwillig Glauben geschenkt haben. Selbst das Ableben des verdienstvollsten Vorkämpfers der deutschen Sache jenseit des Main, des badischen Staats- und Finanzministers Mathy, der den hervorragendsten Antheil an dem Zustandekommen der Zoll- und Allianceverträge gehabt hat und dessen Ausbleiben der Bundesrath beim Zollparlament schmerzlich genug empfinden wird, ist nicht im Stande gewesen, die Versenkung in die Sorgen des Augenblicks zu unterbrechen und die Beschäftigung mit der süddeutschen Frage in Fluß zu bringen. In gewissen Kreisen ist man gar so weit gegangen, aus den Schwierigkeiten, welche sich der Organisation im Norden entgegengestellt haben, auf die momentane Unlösbarkeit der im Süden harrenden Aufgabe und den Mangel genügender Arbeitskräfte für dieselbe Schlüsse zu ziehen. So wenig wir im Stande sind, den Glauben an die Möglichkeit längerer Fortdauer der süddeutschen Provisorien zu theilen, so klar uns zu Tage liegt, daß es die Rücksicht auf den Süden ist, welche die Bethätigung der vollen Bundesautorität auf die Regierungen der kleinen Bundesstaaten hemmt, und so unwahrscheinlich es aussteht, daß die ausgegebene Lösung: „Erst Bayern, dann Baden“ aufrecht erhalten werden wird — wir können uns nur des Ernsts und der Gewissenhaftigkeit freuen, mit welchem von Berlin aus auf den Revers der Medaille hingewiesen und mit jenem Optimismus gebrochen wird, der bis in den vorigen Sommer hinein dem Wahn huldigte, die Ueberschreitung der Mainlinie werde sich von selbst machen. Die richtige Einsicht in die wahre Sachlage und ihre inneren Hemmnisse scheint in demselben Maße zuzunehmen, in welchem die Befürchtungen vor einer französischen Einmischung in die deutschen Dinge in den Hintergrund tritt; war es doch bequem genug gewesen, immer wieder diese vorzuschieben, statt einzugestehen, daß in Wahrheit der Mangel guten Willens im Süden und eines gehörigen Ueberschusses an Organisationskräften im Norden die Herstellung der Brücke über den Main verzögerten!

Wie in Rußland und Deutschland, so ist es auch in Frankreich während der letzten Wochen auf diplomatischem Gebiet still geblieben und nur von inneren Fragen die Rede gewesen. Weder der Uebertritt der hannoverschen Flüchtlinge auf französisches Gebiet, noch die Depesche, welche Menabrea der kaiserlichen Regierung wegen ihrer Duldung der reactionären Umtriebe, die von Rom aus gegen das italienische Königreich inscenirt werden, wenigstens indirect Vorwürfe macht, haben es vermocht, das Volk von Paris in dem Eifer zu stören, mit welchem dieses den Verhandlungen über das neue Preßgesetz folgte. Diese Verhandlungen haben freilich das Bild einer parlamentarischen Misère enthüllt, welche durch den Glanz der oppositionellen Reden nur in ein helleres Licht gestellt worden ist. Es hat der vollen Energie der Regierung bedurft, damit die servile Majorität des gesetzgebenden Körpers sich ein Gesetz abzwängen ließ, welches die Presse von dem unerträglichen Druck administrativer und polizeilicher Willkür befreien sollte, und mehr wie zweifelhaft erscheint es, daß der „gute Eindruck“, den die „liberale“ Haltung des kaiserlichen Cabinets nach den Zeitungsberichten gemacht haben soll, hinreichen werde, den Ekel zu bewältigen, welchen die Erbärmlichkeit der Volksvertretung der französischen Nation eingeflößt haben muß. Deputirte, welche sich durch die Regierung dazu zwingen lassen, ein Volksrecht wiederherzustellen, das Frankreich bereits vor 80 Jahren erobert hatte, Senatoren, in deren Reihen sich nur vier wirkliche Anhänger der Preßfreiheit finden und die von ihren Collegen mit dem Namen „les quatre imbécilles“ belegt werden, kann eine Nation, die auf ihre eigene Würde hält, nimmermehr für ihre Vertreter ansehen. Zustände, die eine Nationalrepräsentation so vollständig in ihr Gegentheil zu verwandeln im Stande waren, müssen die französische Selbstachtung untergraben und können sich auf die Dauer nicht behaupten.

Eine schlechte Regierung ist leichter zu ertragen, als eine Verfassung, welche das Volk vor seinem eigenen Spiegelbilde zurückschrecken läßt. Aus diesem Grunde können wir an ein verbessertes Verhältniß zwischen Frankreich und dem zweiten Kaiserthum nicht glauben und scheint uns die Alternative „Krieg oder innere Freiheit“ in ihrer ganzen Gefährlichkeit für Deutschland fortzubestehen, mag immerhin im Augenblick nicht an Krieg gedacht und die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Preußen von dem Tuileriescabinet ernstlich gewünscht werden. Die Ehre desselben ist durch das Zeugniß, welches die Freunde und Hauptstützen des Empire sich durch ihr Verhalten zum Preßgesetz ausgestellt haben, in den Augen der französischen Unzufriedenen empfindlicher compromittirt worden, als es je durch kaiserliche oder ministerielle Mißgriffe geschehen konnte.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gårdt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.